Wulff für „Multikulturalismus“ statt „Kampf der Kulturen“

21. April 2017

Wittenberg (KNA) Der frühere Bundespräsident Christian Wulff hat vor einem „Kampf der Kulturen“ gewarnt. „Multikulturalismus ist die notwendige Reformation des 21. Jahrhunderts“, sagte Wulff am Mittwoch in Wittenberg. Dies müsse den Respekt gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen ebenso umfassen wie die Achtung vor dem Grundgesetz und seinen Werten. Der frühere Bundespräsident wandte sich zugleich gegen ein „Multi-Kulti“, wenn es nur als ein Nebeneinander der Religionen und Kulturen verstanden werde.

Diese Reformidee sei gescheitert. Wulff sprach beim „23. Wittenberger Gespräch“ von Sachsen-Anhalts Landesregierung zum Thema „500 Jahre Thesenanschlag: Stehen wir erneut vor einer Reformation?“. Er bekräftigte seinen umstrittenen Satz von 2010, dass auch der Islam inzwischen zu Deutschland gehöre. Damals sei jedoch seine anschließende Forderung weitgehend ignoriert worden, dass auch Muslime die Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes respektieren müssten. „Wer dies nicht tut, muss mit entschlossener Gegenwehr rechnen“, forderte Wulff. Dies müsse „mit viel mehr Konsequenz“ erfolgen.

Das frühere Staatsoberhaupt betonte, die meisten ihm bekannten Muslime träten für ein „gerechtes und demokratisches Zusammenleben“ ein, „ihre religiösen Führer jedoch nicht alle“. Erforderlich sei eine „islamische Renaissance“ mit einer „kritischen Analyse des Koran und der islamischen Tradition“. Der Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier (CDU), plädierte für eine Reformation der internationalen politischen Strukturen. Sie hätten mit der ökonomischen Globalisierung „nicht Schritt gehalten“. Deshalb seien neue Ansätze erforderlich, „Freiheit und Demokratie weltweit zur Geltung zu verhelfen“. Notwendig sei eine Weltordnung, „die Wachstum und Wohlstand ermöglicht“.

Durch Teilen allein sei dies nicht möglich. Dauerhaften wirtschaftlichen Fortschritt gebe es nur, wenn Menschen Wohlstand „durch eigener Hände Arbeit schaffen“ könnten, so Altmaier. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) rief die Kirchen auf, herauszustellen, „was die Reformation für die Zukunft einer pluralen Gesellschaft bedeutet“. Zwar habe die Kirchenbindung vor allem bei den Ostdeutschen sehr stark nachgelassen. Auch ihnen müsse vermittelt werden, dass der Sozialstaat seine Wurzeln auch in der Reformation habe.

(KNA – rkolt-89-00158)

Stand: 23. November 2026